

Japan



Weil der 15. August ein blöder Termin ist, erwies der japanische Premier schon jetzt den heldenhaften Soldaten des II. Weltkrieges die Ehre

Seite 3

Politik



Wer keine Studiengeldbühren will, muss sich auch fragen, warum man für's Brötchen in den Cafeten die Cents berappt

Seite 4

Hochschule



Ob die Wurzel allen Übels im Bildungswesen die sogenannten Langzeitstudierenden sind, wurde bei der Aktion *Studis an den Pranger* angezweifelt.

Seite 2



<http://www.bo-alternativ.de>



Hochschulrahmengesetz Jetzt oder nie mehr ...

Mit der Beratung über die 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) geht zur Zeit die sich über mehrere Jahre hinziehende Auseinandersetzung über die Sicherung eines gebührenfreien Studiums in der BRD oder den Einstieg in ein Gebührensystem in ihre vorerst letzte Phase auf Bundesebene. Wird der von Rot-Grün vorgelegte Entwurf verabschiedet, ist die Einführung von Studiengebühren in den Ländern absehbar.

Nach einer solchen Novelle – und zwar relativ unabhängig von ihrem Inhalt – wird es erst einmal keine weitere Änderung des HRG geben. Die Debatte ist politisch abgehackt. Was folgen wird, ist die schrittweise Umsetzung von Gebührenmodellen in den verschiedenen Bundesländern. Die Mehrheit der Bildungs- bzw. WissenschaftsministerInnen sitzt – unabhängig ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit – in den Startlöchern: NRW-Bildungsministerin Gabi Behler und ihr rheinland-pfälzischer Kollege Jürgen E. Zöllner (beide SPD) haben bereits Gebüh-

ren nach dem „Studienkonten-Modell“ für spätestens 2004 angekündigt. Ihr sozialdemokratischer Kollege Oppermann in Niedersachsen orientiert sich eher am (schwarz-gelben) baden-württembergischem Langzeitgebührenmodell, was auch für den christdemokratischen Bildungsminister im Saarland gilt.

Domino-Effekt

Die Lage in den Ländern macht aber auch deutlich, dass das vorliegende Gesetz keinesfalls als „Teilerfolg“ oder „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet werden kann. Vielmehr wird es die Einführung von Studiengebühren absichern und beschleunigen. Ein Bundesland nach dem anderen wird mit dem Hinweis, lediglich die bundesgesetzliche Regelungen auszuführen, Gebühren einführen.

Will man diesen Dominoeffekt stoppen, muss man dies JETZT, im Vorfeld der Verabschiedung des rot-grünen Rahmengesetzes tun. Danach bleibt nur noch der bildungspolitische „Häuserkampf“ um die Gebührenregelungen in den einzelnen Bundesländern. Wie dieser ausgehen wird, ist absehbar, denn kein Bundesland wird auf zusätzliche, den

Ennepe-Ruhr-Kreis. Vor fünf Jahren waren das alles noch eigenständige DGB-Kreisverbände mit funktionierenden Geschäftsstellen.

Der Hagener DGB-Funktionär Wolfgang Lange wurde nun Vorsitzender des neuen DGB-Bezirks. Bochum ist die bedeutendste Einheit in dem neuen Konstrukt. Eigentlich sollte Lange den Bezirk von Bochum aus leiten. Doch er bleibt lieber in seinem Hagener Büro. Zur Beschwichtigung wurde dem Bochumer DGB die zentrale DGB-Kundgebung 2002 zuge- teilt.

Diese Ankündigung rief etliche Bochumer Gruppierungen auf den Plan. Sie verabredeten sich Mitte März, um gemeinsam ihren Protest gegen Clement und die durch ihn vertretene Politik zu artikulieren.

Auf einem Koordinationsgespräch dieser Gruppen und Initiativen am 11. April erschien überraschend der DGB-Bezirksvorsitzende Wolfgang Lange. Er war durch einen Aufruf auf der Attac-mailing-Liste alarmiert worden, dass es auf der Kundgebung zu Störungen kommen soll. Eckhard Stratmann-Mertens, aktives Mitglied bei Attac, hatte die Überlegungen zu Protesten gegen Clement begrüßt und vorgeschlagen, auch überregional hierfür zu mobilisieren. Eckhard Stratmann-Mertens ist gleichzeitig Sprecher der Bürgerinitiative gegen den Bau der DüBoDo. Clement ist hier der Gegner par excellence.

Da der Verdi-Landesbezirk in Bochum sein Büro hat und Verdi Mitglied bei Attac ist, landete der Aufruf zum Protest sofort beim DGB-Landesbezirk in Düsseldorf. Von hier wurde Lange zu den Protestierenden geschickt. Lange dachte irrtümlich, Attac würde den ganzen Protest gegen Clement organisieren und erfuhr nun, dass Attac in Bochum bisher kaum eine Rolle spielt und andere Gruppen den Protest tragen.

Neben der DüBoDo-Initiative protestiert das Bochumer Bündnis Umweltfreundlicher Stadtverkehr gegen die Metrorapid-Pläne von Clement, die Studierenden protestieren gegen den rot-grünen Wahlbetrug bei den Studiengebühren, die Eine-Welt-Gruppen gegen die Pläne der West LB eine umweltzerstörende Pipeline in Ecuador zu finanzieren. Attac, VVN, PDS, DKP haben ebenfalls angekündigt, dass sie den Bundestagswahlkampfauftakt von Clement nicht unkommentiert hinnehmen wollen. Auch die DGB-Gewerkschaft GEW will am 1. Mai deutlich machen, wie wenig sie mit der Politik der Landesregierung einverstanden ist. Etliche andere gewerkschaftliche Gruppen werden vor allem den systematischen Sozialabbau der rot-grünen Landes- und Bundesregierung zum Thema machen.

Der DGB versucht nun, diesen Protest an den Rand zu drängen. In einem gemeinsamen Gespräch hatten sich am 10. April der Bochumer

DGB-Sekretär Peter Brodrück und alle interessierten Gruppen und Initiativen darauf verständigt, wie die verschiedenen Informationsstände und Bierbuden am 1. Mai auf dem Dr.-Ruer-Platz platziert werden sollen. Nach den angekündigten Protesten sind fast alle Organisationen und Initiativen, die Protest angekündigt haben, entgegen der Absprache an besonders weit von der Bühne entfernte Plätze verfrachtet worden. Nur die Bochumer Attac-Gruppe, die ursprünglich verdächtig wurde, den ganzen Widerstand gegen die Regierungspolitik zu organisieren, durfte aufrücken. Nachdem klar war, dass sie sich weiterhin um eine gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bemüht, konnte sie die ihr zugewiesene linke Ecke verlassen und erhielt einen Platz auf dem Dr. Ruer-Platz zugewiesen.

Auf dem Treffen am 11. April hatte Lange noch für den DGB erklärt, dass es natürlich völlig selbstverständlich sei, im Rahmen einer DGB-Veranstaltung Protest gegen die Regierungspolitik anzumelden. Die Reaktion des DGB hat klargestellt: Dies ist nur am Rande erwünscht. Die DGB-FunktionärInnen sind wahrscheinlich tatsächlich mittlerweile so weltfremd, dass sie gar nicht ahnen, wie sie mit ihren Ausgrenzungsmaßnahmen den Protest eher motivieren, als ihn zurückzudrängen.

Eins eint SPD-WahlkampfplanerInnen; DGB und die protestierenden Initiativen: Alle sind sicher, dass die landesweite DGB-Veranstaltung am 1. Mai in Bochum auch überregional von den Medien wahrgenommen wird.

Paul Merker



Dem DGB ist zum 1. Mai kein passenderer Redner eingefallen als ausgerechnet Wolfgang Clement Tatort NRW

Was tun? Was tun!

Wenn es noch eine Chance geben soll, die politische Debatte um ein

... Fortsetzung auf Seite 2

Langzeitstudi goes Sündenbock

Studis am Pranger

Rassistische Kontrollen verweigern

Sein Protest gegen rassistische Diskriminierung brachte Senfo Tonkam, einem Flüchtling aus Afrika und antirassistischen Aktivisten, Mitte April einige Tage in einem Hamburger Gefängnis ein. Im November 2000 hatte er sich in einem Zug geweigert, auf Anfrage von Beamten des Bundesgrenzschutzes seinen Pass vorzuweisen. Da die Beamten nur seine Papiere als die des einzigen Schwarzen im Abteil sehen wollten, verweigerte er, sich auszuweisen und wies die Beamten darauf hin, dass er in der selektiven Personalfeststellung einen rassistischen Akt sehe. Er werde seinen Pass erst zeigen, wenn auch die Weissen im Abteil kontrolliert würden. Die Beamten reagierten mit einer Anzeige wegen Beamtenbeleidigung und im Mai 2001 verurteilte ihn Amtsgericht in Braunschweig wegen Nicht-Vorzeigens seines Ausweises zu einer Strafe von insgesamt 153,94 Euro. Da seiner Auffassung nach die „Zahlung dieser Strafe den staatlichen Rassismus legitimieren“ würde, musste er fünfjährige Haft antreten.

Verschiedene Zusammenschlüsse von in Deutschland lebenden Schwarzen, darunter die Black Students' Organisation (BSO) und die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) fordern „alle Schwarzen und Nicht-Deutschen auf, sich nicht länger rassistischen Kontrollen durch die deutsche Polizei aussetzen.“

Fabelhaft statt Berlin

BerlinerInnen sind rechthaberisch, zänkisch und grosskotzig, der Rheinländer an sich ist lebensfroh und vom Kompromiss fähig, nichts toll zum faulen. Und während die Linke in Berlin zu verschiedenen konkurrierenden oder gegeneinander gerichteten Demos zum 1. Mai aufruft, reicht für Wuppertal, das ja in der Nähe des Rheinlandes liegt, eine. Kölnisch gibt's wohl trotzdem keins aber sei's drum: Also: „Heraus zum fabelhaften autonomen 1. Mai. Ein anderer Film ist möglich“. Wuppertal, Platz der Rebublik, 14.00 Uhr.

KulturAG – Für alle Kulturmenschen

Das Kulturteam des ASTA koordiniert die Veranstaltungen, die im KulturCafé oder im AusländerInnenZentrum (AZ) stattfinden. Diese Arbeit soll nun ergänzt werden: Wie auch im letzten Jahr so wird es auch in diesem Semester wöchentlich eine KulturAG geben – eine Gruppe von interessierten Kulturmenschen, die sich gerne kreativ für Kultur auf diesem Campus, besonders aber im KulturCafé einsetzen wollen. Die KulturAG wird sich jeden Mittwoch um 13.00 Uhr treffen und versuchen, das Programm durch Vorschläge, fertige Konzepte oder erste Ideen zu inspirieren und bei der Organisation nach Belieben mitzuwirken. Besonders wichtig wird zunächst die Planung und Konzeption der nächsten Sommernachtskultur vom 1. - 5. Juli 2002 sein. Wer also Lust hat, bei der Festivalplanung oder einfach bei der KulturAG mitzumachen und Kultur auf dem Campus mitzugestalten, die/der kann einfach am Mittwoch vorbeikommen. Andere Vorhaben im kommenden Semester: ein Hörspielabend, ein Kultserien-Videoabend und mehr.

Erstes Treffen: Mittwoch, 24. April, 13.00 SH
081, links hinter dem KulturCafé.

Critical Mass lockt die Polizei auf's Rad

Knapp 30 RadfahrerInnen (davon zwei Zivilbeamte der Bochumer Polizei im strampelnden Einsatz) bildeten am Samstag Mittag deutlich noch nicht genügend kritische Masse, um den Innenstadverkehr zum Erliegen zu bringen. Aber für den Anfang war es schon ganz eindrucksvoll. Das gemeinsame Fahren musste eingeübt werden, und erst in der zweiten Runde über den Innenstadtring klappte es, die Geschwindigkeit zu harmonisieren und gemeinsam die Ampelkreuzungen zu überqueren.

Attac Bochum im Netz

Auch die Globalisierungs-GegnerInnen aus Bochum tummeln sich seit neuestem im globalen Netz.

Unter <http://www.attac-netzwerk.de/bochum> sind Materialien, Termine und allerlei Links rund um Attac zu finden. Auf seiner Webseite sucht Attac zudem nach neuen MitstreiterInnen, die sich an den Kampagnen beteiligen oder natürlich auch ganz neue Ideen einbringen wollen.

An 17.04. wurden von den ASten und verschiedenen Initiativen an der Ruhr- Uni Bochum, der Bergischen Uni-Gesamthochschule Wuppertal und der FU Berlin Protestaktionen gegen die Entdemokratisierung der Hochschulen, sowie gegen die Privatisierung des Bildungswesens durchgeführt. Das Motto dabei lautete: „Studis an den Pranger!“. Ziel der Aktion war, die StudentInnen über den allmählichen Abbau der demokratischen Strukturen in den Hochschulen und die damit einhergehende Kommerzialisierung von Bildung zu informieren.

An der Ruhr-Universität war dazu ein Pranger errichtet worden, an dem den Tag über ein Student gefesselt war. Um den Hals der Person hing ein Schild mit der Aufschrift „Bildungsschmarotzer“. In Wuppertal wurden mehrere StudentInnen an ein Ungeübade gekettet. Die StudentInnen in Berlin boten einen Jahrmarkt, unter anderem mit der Attraktion „Haut den Langzeitstüdi“. Damit äußerten sie ihre Empörung über die öffentlichen

Debatten, in denen PolitikerInnen ihre Verantwortung für die schlechte Bildungssituation in Deutschland auf die Studis abwälzen. „Wenn Seminare überfüllt sind, oder den Hochschulen das Geld fehlt, sie anzubieten, ist es kein Wunder, dass Leute länger studieren müssen“, so Dominik Ruppenthal, Sprecher der Fachschaftenvertretung FSVK an der Ruhr-Uni.

Auch sollte der „Studi-
am Pranger“ die Studen-
tInnen symbolisieren,
die machtlos gegen die
neoliberale Umstrukturi-
erung ihrer Hoch-
schulen sind.

Neue Verfassung der RUB

Im Rahmen der Umwandlung der Hochschulen werden Selbstverwaltungsgremien zunehmend entmachtet. Ein Beispiel dafür ist die neue Verfassung der Ruhr-Uni, nach der Fakultäten ihre Prüfungsordnungen vor der Abgabe an das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium nicht mehr durch Gremien wie den Senat und die Universitätskommission für Lehre und Studium reichen müssen. Zudem sorgen sich



die Studentinnen über die internationalen Bestrebungen, Bildung zu einem Handelsgut zu machen. Denn auch das Bildungswesen fällt unter die 15 bislang zumeist öffentlichen Dienstleistungssektoren, die im Rahmen des GATS (General Agreement on Trade in Services)-Vertrages der WTO Staaten, privatisiert werden: „In kleinen Schritten wird der endgültigen Umwandlung von öffentlichen Hochschulen in private Bildungsunternehmen entgegen gegangen.“, so Mona Beumers, Referentin für internationale Hochschulpolitik des ASTA der Ruhr-Uni Bochum. So hat die NRW-Bildungsministerin Gabriele Behler bereits angekündigt, ab 2003 im Rahmen eines Kontenmodells Studiengebühren für sogenannte „Langzeitstudierende“ einzuführen. Ab wann jemand zu lange studiert, wird dabei letzten Endes willkürlich und nicht vor dem Hintergrund der realen Voraussetzungen an den Hochschulen bestimmt.

PolDi will Dir indoktrinieren

Den Angriff verteidigen

Auch in diesem Jahr möchte Euch der schönste Jungdrache der Welt wieder indoktrinieren. Denn nach den meist gut besuchten Veranstaltungen des letzten Jahres soll die PolDi-Reihe der politischen Diensttage fortgesetzt werden.

Die erste Veranstaltung wird am Dienstag den 30. April um 20 Uhr im Kultur-Café stattfinden. Dann wird unter die Titel „... denn Angriff ist die beste Verteidigung ...“ die Gruppe MAGMA aus Düsseldorf ihr Buch mit gleichnamigen Titel vorstellen. In diesem befasst sich das AutorInnenkollektiv mit der Frage, wie die KPD in der Weimarer Republik Nationalismus und Antisemitismus begegnet ist.

Eine der zentralen Thesen des Buches ist hierbei, dass die KPD Nationalismus und Antisemitismus nahezu ausschließlich als Instrument der Bourgeoisie zur Spaltung der ArbeiterInnenklasse und als Ablenkung vom „Hauptwiderspruch“ zwischen Kapital und Arbeit begriff – in letzter Konsequenz also als verschleierte Antikommunismus und nicht als eigenständige Ideologie.

Vor der Veranstaltung, auf der auch die Möglichkeit zur Diskussion über das Buch bestehen wird, sprach die *bsz* mit den AutorInnen.

mus“, den die KPD fast durchgängig ignorierte, selber als Partei jedoch nicht antisemitisch argumentierte oder agierte.

2. Wie kam es zu solchen Erscheinungen? Entsprach das der Auffassung der VordenkerInnen der Partei oder wurde da populistisch „dem Volks aufs Maul geschaut“?

Sowohl als auch. Zunächst würde ich die Trennung zwischen „guter“ Parteibasis und „böser“ Parteiführung in Abrede stellen. Die KPD war in Führung und Basis ein Widerspiegelung der radikalen Linken der Weimarer Zeit. Mit ultralinkem Sektierertum und Rechtsoportunismus, mit glühendem Internationalismus und dumpfen „Patriotismus“ – aber auf der Suche nach einem Weg hin zur befreiten Gesellschaft. Die KPD-Mitgliedschaft hatte ein positives Verhältnis zur „deutschen Heimat“ und führte (dennoch oder deshalb) den Kampf gegen den deutschen Imperialismus. Relevante Teile der KPD dachten, sie könnten deutsche Nationalisten in eine gemeinsame Kampffront gegen die deutschen Faschisten und gegen den drohenden Krieg gegen die Sowjetunion bringen. Bei Einzelnen wie Richard Scheringer scheint das funktioniert zu haben – in der Masse nicht. Die Aufnahme „nationaler Parolen“ in die Argumentation der KPD war also sowohl Revolutionsstrategie als auch Zersetzungstaktik.

3. Wie seid ihr bei euren Recherchen vorgegangen, mit welchen Quellen habt ihr gearbeitet?

Wir haben uns öffentlich zugänglicher Quellen bedient, also Primär- und Sekundärliteratur aus den Bibliotheken und Archiven.

4. Habt ihr Zeitzeugen befragt? Wie stehen die alten KämpferInnen heute zu den Fragen Nation und Antisemitismus?

Nein, wir haben vorher nicht mit alten GenossInnen gesprochen. In unseren Veranstaltungen sitzen jedoch häufig welche. Deren Reaktionen sind unterschiedlich: Von selbstkritisch bis „aber wir haben doch nicht alles falsch gemacht“. Uns geht es darum, dass wir aus den Erfahrungen und Niederlagen der KPD für die kommenden Kämpfe lernen wollen. Es geht uns nicht darum, die GenossInnen, die oftmals während des Hitlerfaschismus und der anschließenden Adenauer-Ära im illegalen Widerstand tätig waren, herabzusetzen.

5. „Der Revolutionär muss dem Volk vertrauen“ hat Paulo Freire, ein lateinamerikanischer Linker einmal formuliert, und das ist ja auch was dran. Was blieb einer Partei mit revolutionärem Anspruch anderes übrig als „der (untaugliche) Versuch, angeblich nur verirrte und abtrünnige ArbeiterInnen und KleinbürgerInnen auf den „richtigen“ Weg zu bringen“ (Ankündigungstext).

Massenorientierung heißt nicht, sich an den Massen zu orientieren – sondern die Massen auf sich zu orientieren. Spätestens der deutsche Faschismus hat den Beweis erbracht, dass die Stimmung der Massen eben auch eine reaktionäre werden kann. Die Aufgabe einer revolutionären Partei kann es daher ja eben nicht sein, diese reaktionären Stimmungen aufzunehmen, sondern sie muss sie dekonstruieren. Dabei wird aus dem Angehörigen der Arbeiterklasse nicht automatisch der Revolutionär, sobald er die Weisheit der Partei vernommen hat. Eine revolutionäre Organisation wird daher nicht nur Klassen-

Japans Premier fühlt sich bedroht und rüstet für den Ernstfall

Krieg und Frieden in Fernost

Am Sonntagmorgen, dem 21. April, kündigte der japanische Premierminister Koizumi überraschend an, noch am selben Vormittag den Yasukuni-Schrein zu besuchen und den Kriegsgefallenen des Landes zu huldigen. Die Kamerateams der Fernsehsender hatten gerade noch Zeit, ihre Stativ aufzubauen, um kurz darauf einen entschlossen guckenden Koizumi im Regen vor dem Schrein filmen zu können.

Ebenfalls wenig Zeit zu reagieren hatten die VertreterInnen der politischen Parteien im Lande. Während das für die linke Opposition kein Problem war, weil sie gegen jegliche Schreinbesuche von politischen Amtsträgern egal zu welcher Zeit ist, zeigten sich die Koalitionspartner von Koizumis Liberaldemokratischer Partei (LDP) leicht verstört. Selbst anderen LDP-SpitzenpolitikerInnen hatte der Premier zuvor nichts von seinen Absichten verraten, so dass sie bei Interviews nicht recht wussten, was sie sagen sollten. Besuche beim Yasukuni-Schrein sind seit zig Jahren immer wieder Quelle für Kontroversen im Lande und der Region, weil dort in einem Rahmen offener Kriegsverherrlichung im Kampfhandlungen gestorbene japanische Soldaten, ob mit dem oder gegen den Willen der Angehörigen, als Gottheiten verehrt werden – was weder der Linken noch den asiatischen Nachbarn, die unter ebendiesen Soldaten bis 1945 zu leiden hatten, sonderlich gefällt.

Soldatenehrung

In der Hauptsache drehte sich die Aufregung um den Zeitpunkt. Noch letztes Jahr hatte Koizumi vorzeitig angekündigt, am 15. August, dem Tag, an dem für Japan der Zweite Weltkrieg 1945 endete, beim Yasukuni-Schrein vorbeizuschauen. Dies hatte so wütende Proteste sowohl von Bevölkerung als auch Regierungen in China, Korea und Südostasien provoziert, dass Koizumi zähneknirschend einlenkte und einige Tage vor dem 15. August seinen Besuch, auf den er freilich nicht in Gänze verzichten wollte, abstattete. Dieses Jahr erklärte Koizumi, der im übrigen darauf hinwies, er beabsichtige, genau einmal im Jahr den Kriegstoten im Schrein seine Ehre zu erweisen, sein Timing mit Rücksicht auf die ehemaligen Opferstaaten Japans.

Mit der gemeinsam mit Korea auszutragenden Fußball-Weltmeisterschaft in Blickweite und zwei Goodwill-Tours Koizumis nach China und Südkorea in den vergangenen Wochen macht diese Erklärung durchaus Sinn.

Gesetze gegen Terrorismus

Doch die Opposition hatte ihre eigene Begründung: Fukushima Mizuho von der Sozialdemokratischen Partei verwies auf die in wenigen Tagen im Parlament anstehende Verabschiedung eines Gesetzespakets, das Detailregelungen für einen Ausnahmezustand treffen soll. Es passe nur zu gut, dass Koizumi, dessen LDP die Notwendigkeit der Gesetze mit der Ausweitung von Terror und der stets akuten Gefährdung durch Nordkorea begründet, gerade jetzt der Bevölkerung die „Heldentode“ der vergangenen Kriege in Erinnerung rufen will.

Die drei von der Opposition als „Kriegsstaatsgesetze“ bezeichneten Gesetzesvorlagen für den Ausnahmezustand überschatten in Japan derzeit selbst die sich überschlagenden kleinen Rücktrittsskandalchen über Finanzaffären und die andauernde Diskussion über notwendige Strukturreformen im Finanzsektor und den öffentlichen Ausgaben, zuletzt auch eines der Hauptthemen auf der G-7-Konferenz am Wochenende. Japan, das da das Kriegführen selbst in der Verfassung völlig klar aussagt, Japan unterhalte keine Streitkräfte, regelmäßig überhört, als es um den konkreten Einsatz eben dieser Streitkräfte ging, wird man jetzt erst recht keine Skrupel haben, wenn es nur um die langfristige gesetzliche Vorbereitung solcher Einsätze geht. Wie wenig Koizumi selbst von der Verfassung hält, hat er auch durch seinen Schreinbesuch einmal mehr deutlich gemacht: In der Verfassung sind Religion und Staat deutlich getrennt. Die Unterstützung bestimmter Religionsgruppen durch Beamte oder Regierungsvertreter ist ausdrücklich untersagt – was Koizumi, wie er selbst erklärte, nicht daran hinderte, sowohl als „Premierminister Koizumi Jun'ichirō“ zu unterschreiben als auch ein kleines Bündel Geldscheine als milde Gabe zu hinterlassen.

Japan kriegsfähig machen

Dies alles steht im Zeichen vorhandener Gesetze und Aktivitäten der jüngsten Ver-

gangenheit, die auf eine enge Ausrichtung der japanischen Verteidigung auf US-amerikanische Interessen hindeuten. So wurden nach Beginn des US-Krieges gegen Afghanistan im letzten Herbst im Eilverfahren mehrere Gesetze geändert, um den Selbstverteidigungsstreitkräften des Landes die Teilnahme an den US-Operationen zu ermöglichen (s. *bsz* Nr. 535). Ironischerweise ist eine breite anti-amerikanische Stimmung im politischen Establishment wie der politischen Opposition der einzig denkbare Hebel, die Gesetzesvorlagen noch vor der Verabschiedung zu stoppen. Auch macht sich in Kreisen der Regierungsparteien bei den umfassenden zur Disposition stehenden möglichen Veränderungen durch die neuen Gesetze gewisse Skrupel bemerkbar, das Paket wieder im Hauruck-Verfahren durch das Parlament zu bringen. So könnte die schlechte Tatsache, dass der Kalender der ParlamentarierInnen schon so voll ist, dazu führen, dass es vor der Sommerpause doch nichts mehr wird.

Wenig Sorgen machen sich die LDP und ihre Partner hingegen über die Verfassungsmäßigkeit der neuesten Vorhaben. Wurden schon im vergangenen Jahr entsprechende Bedenken, die angesichts der Tatsache, dass Artikel 9 der Verfassung völlig klar aussagt, Japan unterhalte keine Streitkräfte, regelmäßig überhört, als es um den konkreten Einsatz eben dieser Streitkräfte ging, wird man jetzt erst recht keine Skrupel haben, wenn es nur um die langfristige gesetzliche Vorbereitung solcher Einsätze geht. Wie wenig Koizumi selbst von der Verfassung hält, hat er auch durch seinen Schreinbesuch einmal mehr deutlich gemacht: In der Verfassung sind Religion und Staat deutlich getrennt. Die Unterstützung bestimmter Religionsgruppen durch Beamte oder Regierungsvertreter ist ausdrücklich untersagt – was Koizumi, wie er selbst erklärte, nicht daran hinderte, sowohl als „Premierminister Koizumi Jun'ichirō“ zu unterschreiben als auch ein kleines Bündel Geldscheine als milde Gabe zu hinterlassen.

Hans Martin Krämer

... fortgesetzt von Seite 1

Weg mit dem Gebührengesetz

gebührenfreies Studium zumindest offen zu halten, muss das rot-grüne Gebührengesetz verhindert werden. Da sich die FunktionärInnen der Regierungsparteien in den Gesprächen, die studentische Verbände geführt haben, als vollständigungsargumentationsresistent erwiesen haben und offenkundig zum Bruch ihres bildungspolitischen Wahlversprechens entschlossen sind, kann es jetzt nur noch darum gehen, außerparlamentarischer Druck auf die Parteien zu entwickeln.

So gilt es nicht nur in der Bundeshauptstadt, zum Beispiel am Rande der Ausschusssitzungen und der Plenardebatten des Bundestages, in denen die Gebührenvorlage diskutiert werden soll, die ParlamentarierInnen mit ihren eignen Wahlversprechen (einem generellen Verbot von Gebühren für das gesamte Erststudium) zu konfrontieren. Die Fortsetzung der laufenden Kampagne des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), „Gute Bildung – Für ein gebührenfreies Studium“ kann nur ein Teil sein, zu dem die Unterschriftensammlung (online „unterschreiben“ unter www.gute-bildung.de) ebenso

gehört wie das Eindecken der FunktionsträgerInnen der Regierungsparteien mit Protestmails (ebenfalls auf der Kampagnen-Homepage möglich).

Gegen rot-grün

Weiter müssen rote und grüne FunktionsträgerInnen auf lokaler Ebene deutlich mit dem Unmut der Studierenden über die „Abzocker-Politik“ in Bund und Ländern konfrontiert werden. Dazu geben Veranstaltungen der Regierungsparteien ebenso Gelegenheit wie der kollektive Besuch von Bürgersprechstunden der Bundes- und Landtagsabgeordneten.

Nicht nur, aber auch weil in diesem Herbst ein neuer bundesweiter Urnengang ansteht, und die Parteien zur Zeit nicht unbedingt auf einer massiven Zustimmungswelle schwimmen. Dass sie für derartige Argumente durchaus offen sein können, zeigt der Umstand, dass die in der Nähe der Fünf-Prozent-Hürde dümpelnden Grünen auf die laufende ABS-Kampagne nervös reagierten und diese gar zum Gegenstand einer Bundesvorstandssitzung machten.

Niels Holger Schmidt



:bsztermine

Mittwoch, 24. April

Vorbereitungstreffen für einen „Kapital“-Lesekreis für AnfängerInnen

Dieser wird ab April vom Arbeitskreis rote-ruhr-uni und dem AStA-Referat für Kritische Wissenschaften angeboten.

16.00 Uhr, Ruhr-Uni Bochum (Gebäude GC, Ebene 04/Süd, Raum 159), Bochum

„Genua, wie es wirklich war.“

Nicht den Magen verderben. Filmvorführung über die Proteste in Genua. Dazu berichtet ein Augenzeuge und Gewaltopfer von den Geschehnissen im Juli letzten Jahres.

18.00 Uhr, Heinz-Westphal-Haus (Dorstener Str.262), Herne-Wanne,

Donnerstag, 25. April

Erstaufführung: „Schwarze Tafeln“

Iran/Italien 2000, von Samira Makhmalbaf (tägl. bis 30.4.)

20.00 Uhr, Kino Endstation, Bochum

Freitag, 26. April

Lesung von Gerd Conradt: „Starbuck – Holger Meins“

begleitet von den Kurzfilmen „The Fight goes on“, „Oskar Langenfeld“, „Herstellung eines Molotow-Cocktails“ u.a. (6,- EUR)

20.00 Uhr, BfH. Langendreer (Raum 6), Bochum

Geburtsparty: 5 Jahre Plattenladen Dirty Faces

mit Antidote, Charge 69, Pain und Disturbance

Eintritt 7,- Euro

20.00 Uhr, AZ Mülheim

Montag, 29. April

Die geostrategischen Interessen der NATO ...

... und die „weltweit gefährlichsten Regimes“ (George W. Bush) – Nummer 1 auf der US-Abschussliste: der Irak.

Mit Joachim Guilliard, Mitherausgeber des Buches: „Der Irak – ein belagertes Land“

19.30 Uhr, BfH. Langendreer (Raum 6), Bochum

Die Linke im Krieg:

„Zwischen notorischem Antisemitismus, linker Kriegsbegeisterung und Lobgesängen auf die aufgeklärte Zivilgesellschaft“

mit: Günter Jacob (Freier Publizist, Konkret)

20.00 Uhr, Zeche Carl, Essen

Dienstag, 30. April

„... denn Angriff ist die beste Verteidigung.“

Die KPD zwischen Revolution und Faschismus. Eine Veranstaltung im Rahmen des „politischen Dienstag“ der Gruppe MAGMA

20.00 Uhr, Kulturcafé an der Ruhr-Uni, Bochum

RadioBontekoe präsentiert:

The Incredible Derrick & Las Garrapatas

20.00 Uhr, Zwischenfall (Alte Bahnhofstraße 214), Bochum

Mittwoch, 1. Mai

Demo gegen die Arbeit

Dass Arbeit nicht gerade Spaß macht, dürfte allgemein bekannt sein. Ganz anders diese Demo: „wir sprengen das Arbeitsamt“

10 Uhr vor dem Arbeitsamt, Bochum

Proteste gegen Auftritt von Clement bei der DGB-Demo

11.00 Uhr, Dr. Ruer-Platz, Bochum

„ES GIBT KEINE ALTERNATIVE ZUR SOZIALEN REVOLUTION!“

revolutionäre 1.Mai-Demo, anschließend Party in der „Barracke“ (Scharnhorststr.57).

11.30 Uhr, Klemensstraße, Münster

„Autonome 1. Mai Demo in Wuppertal“

14 Uhr, Platz der Republik, Wuppertal



Der Schwach-sinn hat System

Zur Zähmung des Raubtierkapitalismus Die Revolution als TOP 1!

Ein Gespenst geht um in Europa. Das Gespenst des Raubtierkapitalismus [oder wahlweise: Turbo-Kapitalismus, angelsächsischer Kapitalismus, neoliberaler Reformismus]. Alle veralteten Mächte des alten Europas haben sich gegen ihn verbündet. Von der Kirche bis Oskar Lafontaine, ATTAC und Education is not for sale! haben sich gegen das Gespenst verschworen. Was hinter diesen eindeutig negativ belegten Schlagworten steht, scheint uninteressant zu sein, denn dieses Gespenst bedroht die alten und guten Strukturen einer im Verwesungsstadium befindenen Leiche namens Fordismus. Dieser wird insgeheim oder auch offen idealisiert und als guter Kapitalismus mitgedacht, wenn vom Raubtierkapitalismus die Rede ist. Tatsächlich scheint der Fordismus auf den ersten Blick eine gerechtere Welt gewesen zu sein. Die Zeiten standen unter Lösungen wie „Mehr Demokratie wagen!“ (Wählt Willi!), die Arbeitsmarktsituation war in den Metropolen um einiges weniger von Konkurrenz geprägt. Besonders die Hochschulen kamen innerhalb der Bildungsreform besonders gut weg; Mitbestimmung an den Hochschulen war real und nicht nur auf dem Papier vorhanden. Die guten alten Zeiten eben.

Heute sieht es düster aus. Zugeständnisse von gestern werden zurückgenommen und überall fehlt das Geld. Der kalte Wind des Kapitalismus weht durch alle Bereiche und jeder Mensch ohne entsprechendes Fell fängt an zu frösteln. Der alte Ofen Marke Fordismus ist aus und so manche wünscht sich, einfach Kohle nachlegen zu können und das mit der festen Überzeugung, dass eigentlich genügend Kohle vorhanden sei, diese nur von Irren gehortet oder in die falschen Öfen gesteckt wird. Hier paaren sich Ignoranz mit mangelndem Geschichtsbewusstsein; eine gutgemeinte Kapitalismuskritik mit Unwissenheit über den Gegenstand der Kritik.

utopisch, utopischer, am utopischsten?

Hinter all dem Gerede vom Raubtierkapitalismus steht nicht der Wille, Kapitalismus zu überwinden, sondern zu einer historisch spezifischen Phase des Kapitalismus zurück zu kehren. Dies ist insofern verständlich, weil wir nicht gerade in einer Zeit leben, wo breit ent-sprechende Utopien diskutiert werden und es für die meisten das Ende der Geschichte eine ausgemachte Sache ist. Im günstigsten Falle wird die Überwindung des Kapitalismus als ein netter Gedanke verstanden, jedoch mit einen

Lächeln abgetan. Denn denen, die vom Raubtierkapitalismus sprechen, geht es nicht um die Abschaffung des Kapitalismus, sondern eben darum, das Raubtier an die Kette zu legen. Manche argumentieren, dass die Abschaffung zwar wünschenswert sei, aber eben nicht zum heutigen Zeitpunkt und verströmen dann sich und andere auf die „besseren“ Zeiten, die kommen werden, wenn das Raubtier gefesselt sei. Dabei fällt ihnen gar nicht auf, dass das von ihnen verfolgte Ziel mindestens genau so unrealistisch ist, wie die Abschaffung der warenproduzierenden Gesellschaft, auch wenn es anders erscheint. Realistisch ist eben kein steigerbarer Begriff: Entweder eine Sache ist unrealistisch oder nicht, dazwischen gibt es nur noch die Wahrscheinlichkeitsrechnung. Um es auf den Punkt zu bringen: Den Fordismus wiederbeleben zu wollen, ist ein Ding der Unmöglichkeit!

Keine Wiederbelebungsmaßnahmen!

Ich hoffe nun gezeigt zu haben, dass sowohl hinter der Revolution als auch hinter dem nostalgischen Gerede vom Raubtierkapitalismus eine Utopie steckt. Utopisch ist hier im Sinne gemeint, dass es sich nicht um ein Ding der Unmöglichkeit handelt, sondern dass zur Verwirklichung der Utopie gewisse Bedingungen vorhanden sein müssen. Nun möchte ich ein wenig konkreter werden und zeigen, dass eine Rückkehr zu Keynes & Co noch nicht einmal wünschenswert ist. Hierzu werde ich nun kurz skizzieren, was hinter dem Keynesianismus steckt: Ein hohe Nachfrage ist gut für die Konjunktur, was gut ist für die Konjunktur, ist gut für Arbeitsplätze, welche wiederum gut sind für die Konjunktur, wg. der Kaufkraft. Verteilung von Reichtum soll über Arbeit laufen, d.h. z.B. wenn es keine „sinnvolle“ Arbeit gibt, gräbt die eine ein Loch und die andere schüttet es wieder zu. Aber es geht eigentlich nicht um die Form der Arbeit, sondern um zwei andere Aspekte, die es zu kritisieren gilt: Ein naiver Glaube an exponentiellen Wachstum und das „Recht auf Arbeit“. Die Wirtschaft wächst nicht unendlich und das ist auch gut so, es sei denn wir legen es darauf an, die Ozeane mit Handys zu zumüllen. Ich möchte das an

einem Beispiel erläutern: Setzen wir exponentielles Wachstum nur einmal für die Straßenbauindustrie in Deutschland voraus, so würde es einst nur noch Straßen und keine Wälder, keine Parks mehr geben. Eine gruselige Vorstellung. Aber zurecht könnte mir entgegen gehalten werden, dass irgendwann genug Strassen vorhanden sein werden, so dass es gar kein Sinn mehr machen würde, neue zu bauen. Hiermit ist eine weitere Schranke des exponentiellen Wachstums schon erkannt: An einer gewissen Stelle macht es einfach keinen Sinn, noch mehr Gerbrauchs-werte zu schaffen.

Das Recht auf Arbeit setzt natürlich ein gewisses Wachstum voraus. Aber unabhängig davon stellt sich die Frage, ob es eine tolle Sache ist, im kapitalistischen Verwertungsprozess eingebunden zu sein. Natürlich ist innerhalb des Kapitalismus zur Untätigkeit verdammt zu sein nur die andere Seite der selben Medaille. Denn eine Tätigkeit zu verrichten, die mensch nicht machen will, kann genauso fürchterlich sein, wie eine Tätigkeit verrichten zu wollen, aber dieses nicht zu können, weil mensch ihn nicht lässt.

Beispiel Hochschule

Natürlich bleibt die Hochschule vom eisigen Wind des neoliberalen Reformismus nicht verschont und es sieht wohl so aus, dass das Recht auf Bildung, so wie wir es kennen, verändert wird. Hier gegen anzu-gehen ist natürlich legitim und notwendig, sollte nur nicht in der von mir beschriebenen Nostalgie enden. Denn auch die Bildungsreform und die Massenhochschulen sind in ihrem historischen Kontext zu betrachten und nicht das Produkt von einigen Gutmenschen, die sich überlegen, dass es eine feine Sache wäre, dem Pöbel Bildung zu ermöglichen. Ich würde behaupten, dass es bei der Bildungsreform (rückblickend) darum ging, ein neues Potential von verwertbaren Menschen zu bilden. Dieses Potential ist ausgeschöpft und nun wird die Uni gesamtgesellschaftlich unrentabel. Dass hier der Staat anfängt, Faxen zu machen ist auf einer gewissen Ebene verständlich, denn auch der Staat kann sich der Markt-logik nicht völlig entziehen.

Zur Tagesordnung

Was hält uns davon ab diese Mechanismen anzuerkennen und auf den Anarchismus zu verzichten, der das Gerede um Raubtierkapitalismus oder seiner Entsprechungen (neoliberaler Reformismus) mit sich bringt? Denn im Kapitalismus ist dauerhafter Keynesianismus nicht möglich und noch nicht mal wünschenswert! Lastet uns also die Tagesordnung sogenannter Realpolitik (diese verdient im eigentlichen Wortsinne gar nicht diese Bezeichnung) umschreiben und die Kritik an den Mechanismen zum TOP 1 erklären.

GruF

Wer sich in in den letzten Wochen in die diversen geisteswissenschaftlichen Gebäude verirrt,war vermutlich irritiert. An verschiedenen Plätzen finden sich merkwürdige, gelb-schwarze Signalklebefolien auf dem Boden, die Rechtecke unterschiedlicher Größe markieren. Abstellplätze für Frachtgut, Fluchtwege, die auf gar keinen Fall zugestellt werden dürfen – weit gefehlt, bei genauerer Betrachtung konnte ich an einer der Flächen ein Schild entdecken. Aufschrift: Raucherzone. Nach kurzem Überlegen stand für mich fest, dass es sich entweder um eine Kunstaktion oder einen schlechten Scherz handeln musste. Schlichtweg unvorstellbar, dass irgendjemand allen Ernstes diese Flächen zum Rauchen vorhergesehen haben könnte. Doch mittlerweile finden sich die merkwürdigen Zonen in allen Gebäuden der G-Reihe, konnte man in den vergangenen Tagen diverse Hausmeister beobachten, wie sie, bewaffnet mit Grundrissen in welchen die auserkorenen Bereiche schon rot schraffiert waren die Signalstreifen auf den Böden anbrachten und Aschenbecher aufstellten. Es lohnt sich wirklich, die einzelnen Flächen zu betrachten. Fast ausnahmslos handelt es sich bei diesen um Durchgangsbereiche, ohne spezielle Lüftungseinrichtungen, oft sogar ohne die Möglichkeit, wenigstens ein Fenster öffnen zu können. Oder um kleine Nischen in irgendwelchen Fluren.

Es stellt sich zudem die Frage, was für einen Sinn die Abgrenzung auf dem Boden haben soll. Denn, wie kann man allen Ernstes Raucherzonen mit Klebebändern auf dem Boden abgrenzen, und dann auch noch an Stellen, die auch NichtraucherInnen ständig passieren müssen? Wieso klebt man nicht gleich überall kleine Kreise, sagen wir mal mit einem Meter Durchmesser ab, als „Ein-Personen-Rauch-Zonen“ sozusagen?

Auch wenn man die offensichtlich mehr als schwachsinnige Wahl der Bereiche außer Acht lässt, bleibt die ganze Angelegenheit mehr als zweifelhaft. Denn ernstnehmen tut das ganze Ansinnen niemand, kein Mensch kommt auf die beschuete Idee, zum Rauchen in eine dieser „Zonen“ zu latschen.

Es gibt Menschen die rauchen. Und es gibt Menschen, die dies nicht tun. Um letztere zu schützen, wurde u. a. in allen öffentlichen Gebäuden ein Rauchverbot eingeführt, man sollte meinen auch an den Unis. Für diese gilt immer noch ein Erlass des Wissenschaftsministeriums NRW zum NichtraucherInnenenschutz aus dem Jahr 1985. Nach diesem ist das Rauchen lediglich – bei Einverständnis aller dort Arbeitenden – in den einzelnen Arbeitsräumen gestattet, in allen Bereichen der Universitäten welche jedoch von Publikumsverkehr betroffen sind – wie z.B. Flure, Vorräume, Treppenhäuser u.ä. – soll das Rauchen strikt unterlassen werden. Würde dies umgesetzt, wäre es vermutlich ebenso wenig eine verbindliche Regelung, mit der Nichtraucher- und RaucherInnen leben können, wie der jetzige Zustand, dass außer in Seminarräumen und Hörsälen überall geraucht wird. Mit der momentanen Umsetzung dürfte hingegen nur für eines gesorgt sein: Stirnrunzeln. Denn solch einen Schwachsinn gibt es wohl nur in Deutschland, ist irgendwie typisch.



bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Anne Tiffer (at), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

Anzeige

- Mensa-Plan für die Woche vom 24. bis 30. April -				
Unser Standard	Die „Grüne“ Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCHE, 24.4.				
Putenmedaillon mit heller Champignonrahmsauce, dazu Spaghettini und ein Salat	(S) Königsberger Klopse mit einer Rahmsauce, dazu Dampfkartoffeln und ein Rote Beete-Salat	Soja-Bits mit einer Hasesauce, dazu Püree (4,6) und Rahmspinat	(S) Schaschlikspieß mit einer scharfen Sauce, dazu Pommes frites und eine Salat-Beilage	Geflügelschnitzel mit einer Bratensauce, dazu Petersilienkartoffeln und ein Blumenkohl-gemüse
DONNERSTAG, 25.4.				
Putengeschnetzeltes „Gyros Art“ mit Tzatziki-Dip, Pommes frites und Kappessalat	(S) Schweineschulterbraten mit einer Rahmsauce, dazu Spinalnudeln und ein Apfelrotkohl	Riesengemüse mit Broccoli und Käse überbacken, dazu eine Tomatensauce und Salat	Lammbraten mit einer leichten Knoblauchsauce, dazu Butterkartoffeln und ein Bohnengemüse	(S) Schweinefleisch-Bratwurst-Spieß mit Bratensauce, Apfelrotkohl, Petersilienkartoffeln
FREITAG, 26.4.				
Rotbarschfilet, paniert in einer Remouladensauce, dazu Kartoffelsalat und ein Salat	Rindergulasch in einer Rotweinsauce, dazu Penne Lisse Nudeln und ein Erbsengemüse	Vollkornbratling mit einer Roggensaure, dazu Vollkornreis und ein Fingermöhrengemüse	Geschneitztes Geflügel-fleisch in Champignonsauce, dazu bunte Nudeln und ein Erbsengemüse	Regenbogenforelle „blau“ ; dazu eine Buttersauce, Petersilienkartoffeln und Blattsalat
MONTAG, 29.4.				
Schweinegeschnetzeltes in einer Rahmsauce, dazu Spaghettini und ein Bohnengemüse	Hähnchenbrust „Cordon bleu“ gefüllt mit Putensinken, dazu Schaschliksaure, Pommes frites und ein Salat	Bami-Medaillon mit einer Asiasaure, dazu Basmatireis und ein Asiegemüse	(S) Schweinegeschnetzeltes, gebraten, mit einer Champignonsauce, dazu Pommes frites und ein Salat	Geflügelsteak, gebraten mit Sauce Hollandaise, dazu Butterreis und ein Broccoligemüse
DIENSTAG, 30.4.				
Pizza „el Tanno“ belegt mit Thunfisch, dazu ein Salat	Putenbrust im ganzen gebraten, dazu eine Geflügelsauce, Rahmkartoffeln und Blattspinat	Soja-Bits mit einer Pusztasauce, dazu Vollkornnudeln und ein bunter Rohkost-Mix	(S) Schweinebraten mit einer Bratensauce, dazu Kartoffelklöße und Apfelrotkohl	Geflügel-fleisch-Nuggets mit fruchtiger Currysauce, dazu Maccaroni-Nudeln und eine Salat-Beilage